Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden Montag 8 September Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden **Mit religiösem Sonntagsblatt**

Die „Rheinische Volkszeitung" erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Geschäftsstellen in Oestrich (Otto Etienne), Marktstraße 9 und Elivlle (B. Fabing Witwe), Ecke Gutenberg- und Taunusstraße. **Verantwortlich:** Für den politischen und allgemeinen Teil: i. V.: Julius Etienne-Oestrich; für den andern redaktionellen Teil: i. V. Bruno Trabert-Wiesbaden; für Geschäftliches und den Anzeigenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.50 Mk., für den Monat 1.50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4,92 Mark, monatlich 1,64 Mark mit Bestellgeld, für Abholer monatlich 15 bezw. 14, vierteljährlich 45 bezw. 42 Pfg. billiger. — **Anzeigenpreis:** 35 Pfg. für die kleine Zeile, für ausw. Anzeigen 40 Pfg., Reklamezeile 2,00 Mk.; bei Wiederholungen entspr. Nachlaß. Schluß der Anzeigen-Annahme: Für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr. **Postscheck-Konto:** Nr. 1632 beim Postscheckamt Frankfurt a. M.

Nr. 209 — 1919 — 37. Jahrgang

Alldeutsche Jesuitenhetze

Nun erfährt die Welt endlich, wer denn eigentlich die Niederlage von Deutschland und Oesterreich herbeigeführt hat. Die Jesuiten haben es getan!

Wer's nicht glauben will, mag sich von dem Forschen des „Alldeutschen Verbandes" aufklären lassen. Am vorletzten Sonntag hielt dessen Gesamtvorstand in Berlin seine diesjährige Tagung ab, und etwa 500 Teilnehmer aus dem Reiche und aus Deutschösterreich ließen sich folgende Schauermär auftischen:

„Herr Altzee, der Vertrauensmann Clemenceaus und des Vatikans zugleich, hat schriftlich mit dem ehemaligen Beichtvater der Kaiserin Zita, Prof. Seydel, ein intimer Freund des Herrn Erzberger (große Bewegung), zusammengearbeitet. Bereits 1916 waren die Wiener Jesuiten und die Jesuiten des Vatikans sich einig darüber, daß das protestantische Kaisertum der Hohenzollern zu beseitigen sei. Die Jesuiten bereiten die Rückkehr Karls des Kläglichen vor."

47 Jahre sind jetzt verflossen seit dem Erlaß des Jesuitengesetzes, mit dem das neue Deutsche Reich sein Gesetzesblatt verunzierte. Wie hat sich die Weltlage inzwischen geändert! Aber eins steht fester als alle Grenzsteine und alle Staatsfundamente: die übliche Verleumdung der Jesuiten. Schon 1872 mußte man hören, die Jesuiten hätten dem „protestantischen Kaisertum der Hohenzollern" den Untergang geschworen. Keine einzige Tatsache ließ sich zum Beweise anführen; wohl sprachen Tatsachen dagegen, z. B. die herzliche Begrüßung des neuen Kaisertums durch den Vatikan und die Verdienste der Jesuiten während des Kriegs von 1870 und 1871. Aber der Orden und all' seine Mitglieder wurden doch in die Reichsacht getan. Das angeblich bedrohte Kaisertum der Hohenzollern bestand weiter und blühte herrlich empor, auch nach der Milderung des Jesuitengesetzes. Auch im letzten Krieg haben die Jesuiten treulich und eifrig ihre Pflicht erfüllt; doch die neuen Eisernen Kreuze schützten sie ebensowenig wie die alten Eisernen Kreuze gegen die Behauptung, daß sie den Untergang der Hohenzollern beschlossen hätten.

In den Strudel dieser unsinnigen Verleumdung werden nun ausdrücklich die „Jesuiten des Vatikans" einbezogen. Es ist also nicht allein auf eine Jesuitenhetze abgesehen, sondern auf eine Hetze gegen den Heiligen Stuhl, gegen den Katholizismus selbst, auf einen neuen Kulturkampf im Stile der siebziger Jahre.

Warum und wozu? Der Alldeutsche Verband hat kein reines Gewissen. Er fühlt, daß sein überspanntes Treiben wesentlich dazu beigetragen hat, im Ausland Mißtrauen und Abneigung gegen Deutschland zu wecken. Er weiß, daß er mitschuldig ist an der Ablehnung aller Gelegenheiten zu einem Verständigungsfrieden und an der Fortsetzung des Krieges bis zum alleräußersten, d. h. bis zum vollen Zusammenbruch. Die verhängnisvollen Irrtümer und Mißgriffe der leitenden Personen und Parteien sollen nun verschleiert werden, indem man das Gespenst der Jesuitenverschwörung an der Wand erscheinen läßt und den Aerger des leidenden Volkes auf den „Ultramontanismus" abzulenken sucht.

Nun wird Graf Czernin auch wohl noch in den Verdacht kommen, ein Jesuit im Staatsfrack zu sein, denn wenn man die Wurzel des Verderbens in Oesterreich sucht, so muß man doch anerkennen, daß Graf Czernin frühzeitig und mit voller Offenheit der verbündeten deutschen Regierung erklärt hat, die habsburgische Monarchie sei am Ende ihrer Kraft angelangt. Also von einem „heimlichen" Eingriff in den Gang der Dinge kann doch keine Rede sein. Nicht irgend eine Verschwörung in Oesterreich-Ungarn hat das Uebel herbeigeführt, sondern vielmehr die Nichtbeachtung der förmlich und feierlich angekündigten Erschöpfung unserer Kampfgenossen.

Die Jesuiten und der Vatikan bedürfen wahrlich keiner Verteidigung gegen so tolle Verleumdungen. Aber wir müssen diese Ausschreitung des Alldeutschen Verbandes in das gebührende Licht stellen, um unsere Leser zu warnen vor dieser gewissenlosen Gesellschaft. Die Herren stellen sich jetzt als die Vorkämpfer der Monarchie hin und als die echten Vertreter des „nationalen" Gedankens. Damit wollen sie Anhang werben in den Kreisen, die noch Sinn für eine feste monarchische Ordnung haben und den Wiederaufschwung unserer Nation in der Welt ersehnen. Wer sich dadurch angelockt fühlt, der möge bedenken, daß diese Leute in der jüngsten Vergangenheit ein verhängnisvolles Hasardspiel betrieben haben, dessen Verlust wir tragen müssen, und daß sie für die Zukunft auf eine neue Jesuitenverfolgung und Katholikenhetze hinarbeiten.

Ist das der Weg zur Eintracht, zur Sammlung aller guten Kräfte? Haben wir nicht mit den kulturkämpferischen Neigungen auf der Linken übergenug zu tun?

Dieses verlogene und zersetzende Treiben sollte man nicht „alldeutsch" nennen, sondern undeutsch, da es gegen die deutsche Treue verstößt und an der deutschen Zukunft frevelt.

Verkehrsfreiheit

mn. Wie wir erfahren, hat sich Reichskommissar v. Starck, der sich dieser Tage hier in Wiesbaden aufgehalten hat, dahin geäußert, daß für die Zeit nach der Ratifikation des Friedensvertrages volle Verkehrsfreiheit zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland zu erwarten sein werde.

Republik Birkenfeld anerkannt

mn. Berlin, 6. Sept. Rechtsanwalt Zeller-Birkenfeld hat an die Reichsregierung folgende Depesche gesandt:

Birkenfeld sagte sich vom Freistaat Oldenburg in der Landesausschußsitzung vom 30. August als selbständige Republik im Verband des Deutschen Reiches los. Die Volksabstimmung über die Anschlußfrage an einen Nachbarstaat ist bereits in die Wege geleitet. Wir bitten um telegraphische Anerkennung. § 18 der Reichsverfassung ist von der Besatzungsbehörde als nicht vollziehbar erklärt worden, da es sich um besetztes Gebiet handelt. Die französische Besatzungsbehörde erkennt die Republik bereits an. Die Regierung der Republik Birkenfeld: Zeller, Präsident.

Antwort des deutschen Reichsministeriums

Darauf erging folgendes Telegramm des Reichsministeriums des Innern:

Die Erklärung des oldenburgischen Landesteiles Birkenfeld zu einer selbständigen Republik ist unvereinbar mit den §§ 18 und 167 der Reichsverfassung. Die gewünschte Anerkennung durch die Reichsregierung wird deshalb versagt. Verhandlungen über die Loslösung Birkenfelds von Oldenburg sind nur durch die nach dem bisherigen Gesetz berufenen Behörden und Volksvertretungen von Birkenfeld und Oldenburg zu führen. Der Reichsminister des Innern: David.

Die Heimkehr

mn. Berlin, 6. Sept. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die bereits angezeigte Konferenz wurde heute vormittag im Kölner Hof zu Köln eröffnet. Sie wurde englischerseits von General Dutschison eröffnet und deutscherseits von Oberst Bauer geführt. Als bisheriges Ergebnis wird mitgeteilt, daß die englische Regierung mit eigenem Material voraussichtlich bis auf weiteres dreitausend Gefangene täglich in Köln übergeben wird und wöchentlich mit eigenem Material 2000 Mann nach Rotterdam, unter der Voraussetzung des Einverständnisses der holländischen Regierung, führen will. Die weitere Steigerung der Heimschaffung hängt davon ab, in welchem Umfang die deutsche Regierung in der Lage ist, rollendes Eisenbahnmaterial und Schiffsraum zu stellen. Das Ergebnis der hierzu notwendigen Erhebungen wird so schnell als möglich der englischen Mako in Köln übermittelt. Der Gang der Verhandlungen zeigt, daß die englische Regierung bereit ist, die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen zu fördern. Bis einschließlich 6. September sind in Köln 6000 deutsche Kriegsgefangene angekommen. Mit einer Heimschaffung der in französischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Kriegsgefangenen kann vor der Ratifikation durch Frankreich nicht gerechnet werden.

Kein Gerichtsverfahren

mn. Amsterdam, 7. Sept. Nach einer Meldung des Preßbüro Radio aus Annapolis erklärte Lansing in einer Rede über die Verhandlungen der Friedenskonferenz bezüglich des vorgeschlagenen gerichtlichen Verfahrens gegen den frühern deutschen Kaiser, es sei vom ersten Augenblick ersichtlich gewesen, daß die Mitglieder der Kommission entschlossen waren, vor allen anderen den Kaiser vor einen internationalen Gerichtshof zu ziehen. Drei Anklagen könnten gegen ihn erhoben werden, nämlich: daß er für den Krieg, für die Verletzung der belgisch-luxemburgischen Neutralität, sowie für flagrante Verletzungen der Kriegsgebräuche durch deutsche Streitkräfte verantwortlich sei.

Die Kommission habe mit der Untersuchung der strafrechtlichen Verantwortung begonnen, sei aber schließlich einstimmig zu dem Ergebnis gelangt, daß es nicht möglich sein würde, den Kaiser für den Ausbruch des Krieges oder für den Einmarsch in Belgien und Luxemburg strafrechtlich zu verfolgen. Die Kommission erkennt zwar an, daß der Kaiser ein moralisches Verbrechen gegen die Menschheit begangen hat, sah sich aber gleichzeitig genötigt zu erklären, daß es kein positives Gesetz gebe, durch das das Verhalten des Kaisers zu einem strafbaren Verbrechen gestempelt würde.

Anklage gegen Helfferich

mn. Berlin, 7. Sept. Der Reichspräsident richtete an Helfferich folgendes Schreiben: Auf das gefällige Schreiben vom 5. September beehre ich mich, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß das Reichskabinett dieser Tage beschlossen hat, auf Veranlassung Erzbergers Strafantrag bei dem preußischen Justizministerium gegen Sie zu stellen.

Mackensen auf der Rückreise

mn. Amsterdam, 6. Sept. Wie die „Times" aus Bagdad melden, wird Mackensen und sein Stab morgen nach Saloniki abreisen und sich von dort aus nach Marseille einschiffen.

Abgeschoben

mn. Berlin, 6. Sept. Nach einer „Vorwärts"-Meldung wurde Klara Zetkin, als sie sich in die Schweiz begeben wollte, an der Grenze festgenommen und nach dreitägigen Haft nach Deutschland abgeschoben.

Zur baltischen Frage

mn. Berlin, 6. Sept. Die deutsche Regierung richtete in der Frage der Räumung der baltischen Gebiete an die Entente folgende Note: Die deutsche Regierung bedauert, daß die von ihr befohlene beschleunigte vollständige Räumung der baltischen Gebiete durch das gehorsamswidrige Verhalten der noch in Kurland stehenden deutschen Truppen ins Stocken geraten ist. Während sie die Eigenmächtigkeit der Truppe auf das schärfste verurteilt, sieht sie sich jedoch infolge der ihr von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Beschränkungen außer Stande, durch Anordnung militärischer Machtmittel den Gehorsam der Truppen zu erzwingen. Die deutsche Regierung gestattete sich hierzu zu bemerken, daß sie bereits in ihrer Note vom 13. 8. 1919, Nummer 4884 auf den voraussichtlichen Widerstand einzelner Truppenverbände und die sich daraus ergebenden Verwickelungen hinwies. Bei dieser Sachlage bleibt der deutschen Regierung nichts übrig, als der Versuch, die Truppen durch Zureden zur Vernunft zu bringen und von Ausschreitungen, namentlich auch gegen Angehörige der alliierten Mächte, zurückzuhalten. Lediglich zu diesem Zweck ist auch General v. d. Goltz zunächst allerdings gegen die ausdrückliche Instruktion, nach Mitau zurückgekehrt. Seine vorgesetzten Dienststellen konnten sich jedoch der von ihm geltend gemachten Auffassung nicht verschließen, daß die Unruhen bei den Truppen wohl nicht entstanden wären, wenn er in Mitau geblieben wäre und daß seine Anwesenheit wesentlich zur Wiederberuhigung der Truppe beitragen würde. Sie erteilten ihm daher nachträglich die Genehmigung zu seiner Rückkehr nach Mitau, werden ihn aber sofort nach Erreichung des Erwähnten wieder von dort zurückberufen. Tatsächlich ist die günstige Einwirkung, die sein Erscheinen bereits auf die Haltung der Truppen ausübte, nicht zu verkennen. Immerhin ist bei der noch äußerst gereizten Stimmung der Truppe die Festlegung des Räumungsplanes und insbesondere auch der Abtransport der Truppen zur See zurzeit noch ausgeschlossen, wovon sich Vertreter der Alliierten an Ort und Stelle überzeugen können. Die Vertreter der alliierten Mächte, die sich in Mitau befinden und mit dem Grafen v. d. Goltz in dauernder Verbindung stehen, können sich über die jeweilige militärische Lage und die deutsche Organisation fortlaufend unterrichten. Uebrigens erscheint im Hinblick auf die Unbeständigkeit der gegenwärtig in Frage kommenden Verhältnisse die Behandlung der ganzen Räumungsangelegenheit an Ort und Stelle durch die beiderseitigen Oberbefehlshaber der einzige, Aussicht auf Lösung der Verwickelung bietende Weg zu sein. Auch ist es, so lange ein Erfolg des Grafen v. d. Goltz nicht feststeht, nicht möglich, von hier aus Mitteilungen über die gegenwärtige militärische Organisation zu machen, da von Tag zu Tag Aenderungen eintreten können. Dieser Auffassung und den entsprechenden Vorschlägen in der Note Nr. 1510 G wird daher mit Genugtuung zugestimmt. Die in der Note Nr. 1524 G erwähnten Uebergriffe der deutschen Truppe gegen lettische Soldaten und Behörden, die von der deutschen Regierung auf das nachdrücklichste verurteilt werden, sind als zwischen der deutschen und der lettischen Regierung schwebende Angelegenheiten zu betrachten, und bilden bereits Gegenstand von Erörterungen zwischen diesen beiden Regierungen.

Aus der französischen Kammer

mn. Paris, 6. Sept. (Havas.) Die Kammer setzte heute die Diskussion über den Friedensvertrag fort. Finanzminister Klotz verlas zunächst die Artikel des Friedensvertrages, die die Lasten für die Pensionen und Wiedergutmachungen Deutschland und seinen Verbündeten auferlegen. Er erinnerte daran, daß Lloyd George sich am 11. Dezember dahin ausgesprochen habe, daß es recht und billig sei, daß die Kriegskosten Deutschland auferlegt würden, wobei er hinzufügte, daß die Alliierten bis an die äußerste Grenze des für Deutschland Erträglichen gehen müßten. Klotz schätzt die Gesamtsumme der Kriegsausgaben auf etwas über 1000 Milliarden, wovon zwei Drittel auf die Alliierten entfielen. Der auf Frankreich entfallende Teil sei verhältnismäßig viel kleiner als der Englands und Amerikas. Es sei unmöglich gewesen, in Bausch und Bogen die Entschädigungssumme festzustellen, wie sie als notwendig erachtet werden mußte. Frankreich erhalte die Bezahlung und Wiedergutmachung der Schäden in Form von Wiederherstellung und Lieferung von Arbeitskräften. Das System der Priorität sei bis auf die Zahlung in Natura für Frankreich vorteilhaft. In der Geldentschädigung werde Belgien die Priorität zugestanden. Klotz erwähnte, daß Deutschland die verwüsteten Gebiete wieder instandsetzen müsse, und zählte die durch den Friedensvertrag Deutschland auferlegten Lasten auf, soweit sie sich auf die Bezahlung in Waren, Schiffen, Kohlen usw. vor März 1921 beziehen. Diese würden vielleicht die in dem Friedensvertrag vorgesehenen 20 Milliarden übersteigen. Der Minister wies mit Nachdruck auf die Wichtigkeit der Klausel hin, die die Bezahlung der Schäden und der Pensionen an die Teilnehmer und Opfer des Krieges sieht, was einer Summe von 20 Milliarden gleichkomme, die an Frankreich allein zu zahlen sein werde. Deutschland werde insgesamt 375 Milliarden bezahlen und sich seiner Schuld in einem Zeitraum von 36 Jahren entledigen können. Während der beiden ersten Jahre werde es 1000 Milliarden entrichten, nachher 13½ Milliarden jährlich mit fünfprozentiger Verzinsung. Die von Deutschland zu zahlende Totalsumme werde sich nach 36 Jahren auf 463 Milliarden belaufen. Klotz zeigte die Vorzüge dieses Systems gegenüber denjenigen, daß die Deutschen vorgeschlagen hätten, als sie das Anerbieten machten, auf einen Schlag 100 Milliarden zu zahlen. Weiter gab der Redner viele Einzelheiten über die von der Wiedergutmachungskommission getroffenen Maßnahmen, um die Bezahlung der Jahresrenten durch Deutschland sicherzustellen. Wir werden — sagte er weiter — gegenüber Deutschland eine tatkräftige Politik führen; immerhin werden wir ihm behilflich sein, seine Erzeugungsmittel zu entfalten, um ihm die Möglichkeit zu geben, seine Schuld abzutragen. Das geschieht jedoch in einem Maße, daß es nicht in eine bessere wirtschaftliche Lage versetzt wird, als Frankreich selbst.

Unter dem Beifall der Kammer erklärte Klotz, daß die Kraft des französischen Kredits feststehe. Man müsse jetzt nicht in ungerechter Weise verkleinern. Wir müssen uns gegenüber den Alliierten auf den Standpunkt der Gleichberechtigung stellen und uns nicht in eine erniedrigende Lage begeben. Der Minister schloß mit dem Wunsche, daß die Kammer den Vertrag gutheißen möge. (Lebhafter Beifall auf zahlreichen Bänken. Fortsetzung der Beratung Dienstag.)

Wilson

mn. Amsterdam, 6. Sept. Das Preßbüro Radio meldet, daß Präsident Wilson in einer in Indianapolis vor mehreren tausend Personen gehaltenen Rede mit Bezug auf den Völkerbund erklärte, jedermann habe einen Teil seiner Souveränität aufzugeben, wenn er das Versprechen abgebe, daß er die Rechte seines Nachbarn achten wird. Er könne nichts Verdächtiges darin erblicken, zum Nutzen der Allgemeinheit ein solches Versprechen abzugeben. Bezugnehmend auf die Regelung der Schantungfrage, erklärte Wilson, Japan gab wiederholt das Versprechen, daß es die Schantunghalbinsel an China zurückgeben wird. — In einer in Columbia gehaltenen Rede forderte der Präsident das amerikanische Volk auf, allen seinen Einfluß anzuwenden, damit der Senat den Friedensvertrag mit Deutschland annimmt. Wilson prophezeite, daß der Senat den Friedensvertrag annehmen wird und sagte, wenn der Friedensvertrag angenommen sei, dann würden die amerikanischen Truppen niemals wieder über das Meer zu fahren brauchen. Der Grundgedanke des Vertrages sei der, daß nicht die Regierungen, sondern die Völker Nationen ausmachen. Zum Schluß forderte der Präsident dringend zur äußersten Zusammenarbeit im ganzen Volke zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Staat und privaten Interessen, sowie zwischen den einzelnen Gruppen auf.

Kein Beamteneid mit Vorbehalt

Der Beamtenausschuß der Deutschnationalen Volkspartei im Reich und in Preußen hat, wie bereits kurz gemeldet, eine Kundgebung beschlossen, in der es heißt: Die deutschnationalen Beamten werden den verlangten Eid leisten, aber nur in dem Sinne, daß sie sich zur gewissenhaften Beobachtung der in der Verfassungsurkunde niedergelegten Bestimmung verpflichten, sich jedoch durchaus das Recht vorbehalten, im Rahmen der durch die Verfassung gegebenen Möglichkeiten andere staatliche Zustände anzustreben.

Gegen diesen Standpunkt wendet sich sehr entschieden die halbamtliche „Deutsche Allg. Ztg.", indem sie schreibt:

Der Schwur bedeutet, daß der Beamte bereit ist, sich auf den Boden der Verfassung zu stellen und dem Staate in seiner jetzigen Gestaltung zu dienen. Es ist selbstverständlich, daß der Staat diese Forderung an seine Beamten stellen muß. Es geht nicht an, daß die Beamtenschaft, die das Rückgrat der Verwaltung, der Rechtsprechung, überhaupt aller wesentlichen Funktionen des Staates bildet, den Staat in der bestehenden Form nicht als rechtsgültig oder auch nur als nichtberechtigt anerkennen wollte. Wie weit hier die Grenzen zu ziehen sind, muß allerdings der einzelne mit seinem Gewissen ausmachen. Glaubt er in einem Gegensatz zu dem Staate zu stehen, der so schroff ist, daß er ihm nicht mehr dienen zu können vermeint, so wird es seine Sache sein, daraus die Folgerungen zu ziehen und den Staatsdienst zu verlassen. Auch dazu ist den Beamten durch ein weitgehendes Entgegenkommen des Staates ja die Möglichkeit gegeben, ohne daß das Ausscheiden aus dem Staatsdienste schwere wirtschaftliche Nachteile zur Folge hat. Durch die bekannte Verordnung der Regierung ist den Beamten, die infolge der Neuordnung des Staatswesens dem Staate nicht mehr dienen zu können glauben, das Ausscheiden aus dem Staatsdienst unter Sicherstellung eines reichlichen Ruhegeldes zur Möglichkeit gemacht worden. Von den Beamten, die von dieser Berechtigung keinen Gebrauch machen, muß allerdings verlangt werden, daß sie ihre Dienste dem Staat gegenüber mit der Treue leisten, die dieser Dienst beansprucht. Dazu gehört selbstverständlich auch die Anerkennung der Staatsform, soweit der Beamte dienstlich diese Anerkennung in irgendeiner Form zu betätigen hat. Ein Zwang auf die politische Gesinnung des Beamten wird also in keiner Form irgendwie ausgeübt, insbesondere kann von einem Mangel an Rücksicht auf die Beamten des alten Reiches nicht die Rede sein. Wer sich in den Dienst des neuen Staates stellt, tut das freiwillig. Wenn von einer Unsicherheit dieser an sich klaren Verhältnisse gesprochen werden kann, so ist diese Unsicherheit erst von der Kundgebung des deutschnationalen Beamtenausschusses in die Frage hineingetragen worden. Bedenklich wäre es freilich, müßte man aus der Kundgebung den Schluß ziehen, daß sie den Grundsatz eines Beamteneides mit Vorbehalt aufstellen wollte. Ein solcher Beamteneid ist sowohl für den Staat wie auch für die Beamtenschaft selbst eine Unmöglichkeit, die wieder in den Verhältnissen noch in dem Willen des Staates irgendwelche Begründung findet.

Die Wahlen in Oberhessen

mn. Kassel, 6. Sept. Nach der „Voss. Ztg." ergaben die Provinzialwahlen in Oberhessen im Vergleich zu den Wahlen zur Volkskammer eine bedeutende Verschiebung nach rechts. Den größten Verlust hat die Demokratische Partei, die von den zu erwartenden acht Mandaten nur zwei erhielt. Bauernbund und Deutschnationale erhielten 15, Mehrheitssozialisten 12, Deutsche Volkspartei und Unabhängige je fünf Mandate.

Explosion

mn. Neuwied, 7. Sept. Gestern kurz nach Mittag explodierten die in dem ehemaligen Zeughofe aufgestapelten Munitionsvorräte aus bis jetzt unbekannter Ursache. In dem Betriebe waren 200 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, von denen, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, einige verletzt wurden, getötet wurde niemand. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wurden sofort von der Unfallsstelle in Automobilen weggefahren. Die Explosionen und der Brand dauerten am Nachmittag noch an. In der Stadt Neuwied wurde großer Schaden angerichtet, da Hunderte von Schaufenstern und Tausende von Fensterscheiben in Privathäusern zertrümmert worden sind.

Unser Volk ist krank

Das Thema: „Unser Volk ist krank" beschäftigt unausgesetzt alle, die es mit dem deutsche Volke gut meinen. In packenden und beherzigenswerten Ausführungen wird es im 3. (Juni-)Heft der „Stimmen der Zeit" (Freiburg, Herder) von Max Pribilla S. J. behandelt. Nachdem er die geistigen Ursachen des Zusammenbruchs, die schon vor dem Kriege und dann während desselben in verschlimmertem Maße wirksam waren, und endlich die Zerstörungsarbeit der Revolution geschildert, fährt er fort:

„Was nun? Sollen wir verzweifeln? Das hieße, feige den schlechten Elementen das Feld räumen. Nein, gerade jetzt sind alle Kräfte aufzubieten. Ein jeder kann in schweren Stunden an sich die Erfahrung machen, daß, wenn er arbeitet, es ihm besser geht. Das gilt auch für ein Volk. Das alte Gebäude ist eingestürzt, es hat im Sturze vieles begraben, was uns lieb und teuer war; es gilt jetzt ein neues Haus zu errichten, in dem wir wohnen und schaffen können. Diese Arbeit muß geleistet werden, trotzdem wir durch den Krieg körperlich und geistig erschöpft sind und uns nach Ruhe sehnen. Diese Ermattung und Enttäuschung, die weite Kreise und besonders die Intelligenz fast lähmt, ist die Reaktion gegen die Ueberspannung der Kräfte und der Hoffnungen in den langen Kriegsjahren. Im Kriege haben wir bis zum Uebermaß das Wort gehört: „An deutschem Wesen muß einmal die Welt genesen." Jetzt ist es davon still geworden. Das bittere Ende hat uns Bescheidenheit gelehrt.

Heute gehört Mut dazu, an unser Volk und seine Zukunft zu glauben. Und dennoch, es muß sein. Denn wie tief unser Volk auch gesunken sein mag — „Gott hat die Völker heilbar geschaffen" (Weish. 1, 14). Freilich ist zu befürchten, daß viele der Aerzte, die sich jetzt um den kranken Volkskörper bemühen, ihre Diagnose zu oberflächlich stellen und mit äußeren Scheinmitteln tiefe, schwere Wunden heilen wollen. So nützlich Versammlungen und Reden, Programme und Organisationen sein mögen, wichtiger als die Institutionen ist der Geist, der sie erhält, sind die Menschen, die sie handhaben. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß mit der Aenderung der politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen auch eine Veränderung oder Besserung der Menschen von selbst gegeben sei. Da die Krankheit unseres Volkes bis auf die Wurzel geht, so muß auch die Erneuerung aus dem tiefsten Innern kommen. Zu dieser Aufgabe bedarf es sittlich hochragender, einflußvoller und selbstloser Persönlichkeiten, die klaren Blickes die Uebel der Zeit erkennen und die es verstehen, in kleinem oder größerem Kreise den Sauerteig zu bilden, der allmählich die Masse durchdringt. Gewiß können wir diese Männer nicht aus dem Boden stampfen, aber die Not des Volkes kann sie erwecken und demütiges Gebet sie von Gott erflehen. Es gilt, die überall verstreuten Keime des Guten zu neuem Leben zu erwecken und die verderblichen Irrtümer, die uns den nationalen Niedergang gebracht haben, klar zu erkennen und mit Entschiedenheit zu bekämpfen.

Das Verständnis für staatliches Leben und Staatsnotwendigkeiten ist in der großen Masse unseres Volkes noch wenig entwickelt, wie sehr man auch bei dem Uebergang aus dem Obrigkeitsstaat in den Volksstaat seine politische Reife gefeiert hat. Daß aus Rechten Pflichten entspringen, daß die erhöhte Anteilnahme des Volkes an den Staatsgeschäften von ihm ein stärkeres Verantwortlichkeitsgefühl fordert, ist bisher leider viel zu wenig beachtet worden. Was wir jetzt so oft wahrnehmen, ist eine schamlose Selbstsucht, die auf das Wohl der Gesamtheit keinerlei Rücksicht nimmt. Es wird vieler Aufklärungsarbeit benötigen, um hier Wandel zu schaffen. Denn auch dies hat die Revolution mit voller Deutlichkeit gelehrt, daß wir uns der breiten Schichten des Volkes in weit höherem Maße annehmen müssen und sie nicht der Verführung durch gewissenlose Hetzer überlassen dürfen. Der Gebildete muß den natürlichen Widerwillen überwinden, der ihn abhält, sich mit der Hetzpresse und den Hetzaposteln zu beschäftigen. Gewiß, viele Revolutionäre sind unbelehrbar und unbekehrbar: viele sind auch Gesindel, das nur auf Raub und Plünderung lauert. Aber noch viel größer ist die Zahl derer, die durch äußeren Druck gezwungen oder durch lügenhafte Hetze verführt, nur mittun, weil ihnen die schützende Gegenorganisation und die geistigen Waffen fehlen, um sich der wirtschaftlichen und geistigen Beeinflussung zu erwehren. Hier gilt es anzupacken und beharrlich Schritt für Schritt den Hetzern entgegenzutreten, ohne müde zu werden, tausendmal Widerlegtes nochmals zu widerlegen.

Endlich lehrt die Revolution, wie sehr unser Volk zu seiner Gesundung aufs dringendste der Religion bedarf. Treue und Gehorsam, Zuverlässigkeit und Arbeitsamkeit, Gemeinsinn und selbstlose Hingabe, von denen das Staatswohl in tausendfacher Weise abhängt, lassen sich nicht äußerlich erzwingen, sie müssen im Gewissen der Bürger verankert sein. Keine Diesseitsmoral kann uns diese Impulse vermitteln. Ein Volk kann ohne Religion nicht leben. Es kann in seinem Schoße eine Minderheit von Ungläubigen bergen wie der menschliche Körper eine Anzahl Gifte. Aber wenn ein Volk in seiner Mehrheit dem Unglauben verfällt, ist es dem Untergang geweiht. Es geht zugrunde, erst sittlich, dann physisch und materiell. Auf Stirner und Nietzsche läßt sich ein geordnetes Staatswesen nicht aufbauen.

Wer es also gut mit der Wiedererhebung unseres Volkes meint, der muß mitarbeiten an seiner religiösen und sittlichen Erneuerung, der muß dafür eintreten, daß in der Familie, der Schule und dem öffentlichen Leben wieder Christus und seiner Kirche der gebührende Ehrenplatz und Einfluß gesichert werde. „Denn ein anderes Fundament kann niemand legen außer dem, das gelegt ist: Jesus Christus." Wenn wir auf diesem Fundamente nicht aufbauen, werden wir auf Flugsand bauen und alle Arbeit wird vergebens sein. Freilich, um diese Rückkehr zum praktischen Christentum zu bewirken, wird es vieler Arbeit bedürfen. Es ist nicht zu verkennen, daß Millionen unserer Volksgenossen für die Predigt des Evangeliums noch nicht oder nicht mehr empfänglich sind. Es sind Heiden oder Neuheiden, die oft seelisch ärmer sind als die Wilden Afrikas. In Berlin, München und den anderen Großstädten liegt weites Missionsland, in dessen Bereich den Missionar härtere Proben erwarten als unter der Glutsonne des Aequators. Aber trotz alledem muß gerade in unseren Tagen einer Weltendämmerung das Kreuz Christi gepredigt werden, damit alle, die guten Willens sind, sich um dieses Zeichen der Erlösung und des Sieges scharen. Mehr als je müssen wir uns bestreben, den christlichen Grundsätzen Eingang in die Herzen der Menschen und in die Tafeln der Gesetze zu verschaffen, unbeirrt um den Widerstand, den wir finden.

Was wir jetzt erleben, ist ein gewaltiger Anschauungsunterricht, den die Vorsehung erteilt, um der Menschheit die verkannte christliche Wahrheit wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. In den Tagen des Friedens haben wir auf die sanfte Stimme der Wahrheit nicht gehört, jetzt spricht sie zu uns in den Schrecken der allgemeinen Verwirrung und mahnt zu ernster Selbstbesinnung. Denn „das ist", so sagt der hl. Chrysostomus, „der Fluch des Menschen, daß wir im Besitze der Güter sie nicht zu gebrauchen wissen. So müssen wir durch ihre Entziehung belehrt werden und aus eigener schmerzlicher Erfahrung unsere Pflichtvergessenheit erkennen lernen. Denn die gewaltige Veränderung der Verhältnisse zeigt uns, von welcher Höhe wir herabgesunken sind und in welchen Abgrund von Uebeln wir uns gestürzt haben." Auch für ein verirrtes Volk ist die Selbsterkenntnis der erste Schritt zur Besserung. In die schauervolle Tiefe unserer Erniedrigung reicht uns Gott seine rettende Vaterhand. Ob wir sie wohl ergreifen?

Die Vermittlerrolle der Rheinlande

Der Pariser „Temps" beschäftigt sich in seinem letzten Leitartikel mit der Kammerrede von Maurice Barret und Thomas. Thomas, der Vorsitzende der Patriotenliga, habe der rheinischen Bevölkerung die Versicherung gegeben, daß sie frei über sich verfügen könne und sie die geistige Gemeinschaft, die zwischen ihr und Frankreich während Jahrhunderten bestanden habe, aufrecht erhalten möge. Thomas habe nicht behauptet, daß das deutsche Volk für den Krieg nicht verantwortlich sei. Indem er gegenüber Deutschland einen gerechten und demokratischen Standpunkt vertrat, habe er Deutschland den Rat erteilt, den Frieden sicher zu stellen. Barret und Thomas hätten beide von der Regierung verlangt, sie solle ihre Methoden erweitern, nach denen sie die zukünftigen Beziehungen zu Deutschland regeln wolle, damit alle Franzosen daran mitarbeiten können. „Temps" hofft, daß die Rede in Deutschland verstanden würde, damit Deutschland über die wahren Absichten Frankreichs unterrichtet sei. Barret glaubt, daß die rheinische Bevölkerung aus dem preußischen Staate auszuscheiden beabsichtige, aber dem Deutschen Reiche anzugehören gewillt sei. Er vertrat die Absicht, Frankreich und Deutschland könnten in Frieden leben, wenn die Rheinlande ihre traditionelle Vermittlerrolle zwischen der westlichen und der germanischen Kultur wieder aufnehmen würden.

Gehaltsvorschuß für Beamte

Berlin, 6. Sept. Nachdem kürzlich die Reichsregierung zugesagt hat, daß den Beamten des Reiches und der Einzelstaaten eine Beschaffungszulage in Höhe von 1000 M und ferner Kinderzulagen von 200 M für jedes Kind gewährt werden sollen, die in zwei Raten im September und Dezember 1919 auszuzahlen sind, haben Verhandlungen zwischen dem „Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahnbeamten" und dem Preußischen Finanzminister Dr. Südekum stattgefunden, mit dem Zweck, die preußische Staatsregierung zu veranlassen, den Beamten einen Vorschuß bereits jetzt zu zahlen. Der Finanzminister hat dabei zugegeben, daß eine Notlage der Beamten vorhanden sei, die eine sofortige Hilfsaktion notwendig mache. Da die erste Rate der Beschaffungszulage mit Rücksicht auf Bewilligungsrecht der Parlamente im Augenblick noch nicht gezahlt werden kann, so hat der Finanzminister infolgedessen in Aussicht gestellt, daß die Vorbereitungen für die Zahlung eines Gehaltsvorschusses unverzüglich getroffen werden sollen. Es steht daher zu erwarten, daß der Vorschuß bereits in der nächsten Woche den Beamten gezahlt werden wird.

Die Nationalversammlung

Berlin, 6. Sept. Für die kommende Tagung der Nationalversammlung ist vom Reichsministerium des Innern ein umfangreiches Programm aufgestellt worden. Nicht weniger als 16 Gesetze sind neu zu beraten oder bestehende mit der neuen Verfassung in Einklang zu bringen.

Es handelt sich um folgende Gesetzesvorlagen: 1. Gemäß Art. 13 Abs. 2 der Verfassung ist ein Reichsgesetz zu schaffen zur Klärung der Fragen, welcher Gerichtshof zu entscheiden hat, falls Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten darüber entstehen, ob eine landesrechtliche Vorschrift mit dem Reichsrecht vereinbar ist; 2. das Gesetz über den Staatsgerichtshof; 3. das Reichswahlgesetz in Verbindung mit dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten, über Volksabstimmung, Volksbegehren und Volksentscheid; 4. das Gesetz über das Reichsverwaltungsgericht; 5. das Gesetz über die Entschädigung der Reichstagsabgeordneten sowie über Freifahrt; 6. das Reichsbeamtengesetz ist den neuen Verhältnissen anzupassen; 7. das Reichsgesetz betr. die öffentlichen Beamten, die nicht Reichsbeamte sind; 8 das Gesetz über Einschreiten der bewaffneten Macht bei Unruhen und Tumulten; 9. gesetzliche Bestimmung der Staatsangehörigkeit; 10. das Gesetz über die Freizügigkeit der Beamten; 11. das Auswanderungsgesetz; 12. gesetzliche Regelung, ob die Lichtspielzensur durch Landesgesetz oder durch Reichsgesetz auszuüben ist; 13. das Gesetz über Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur; 14. gemäß Art. 122 der Verfassung ein Reichs- oder Landesgesetz über Maßregeln gegen die Verwahrlosung der Jugend; 15. das Gesetz über Anmeldepflicht von Versammlungen unter freiem Himmel; 16. die gesetzliche Regelung über die Erteilung des Religionsunterrichtes in den Schulen.

Alfred Lohmann

Hamburg, 6. Sept. Der in weiten Kreisen als Gründer der Deutschen Ozean-Reederei in Bremen und Anreger des ersten deutschen Handels-Unterseebootes bekannt gewordene Bremer Kaufmann Dr. Alfred Lohmann ist im Ostseebad Timmendorf plötzlich gestorben. Lohmanns Vater war Direktor des Norddeutschen Lloyd, und auch Alfred Lohmann stand in den engsten persönlichen Beziehungen zu dieser großen Reederei. Er betrieb in Bremen eine angesehene Ein- und Ausfuhrfirma, Lohmann u. Co. In jüngeren Jahren war er in überseeischen Ländern tätig. Er war besonders sachkundig im Woll- und Baumwollhandel. Als das erste Handels-Unterseeboot „Deutschland" am 25. August 1916 von Baltimore glücklich nach Bremen zurückgekehrt war und unter dem Jubel Hunderttausender in den festlich geschmückten Hafen einlief, da war auch Lohmann ganz besonders neben dem Kapitän Dr. Koenig und Kapp, dessen Germaniawerft das Boot erbaut hatte, Mittelpunkt all der Ehrungen, die dieses denkwürdige Ereignis für ihn und seine Reederei mit sich brachte.

Die Einwanderung nach Amerika

Das amerikanische Gesetz über die Einwanderung enthält folgende Punkte: Jeder Einwanderer kann, nachdem er ein Jahr in den Vereinigten Staaten gelebt hat, ausgewiesen werden, wenn er nicht seine Absicht bekanntgibt, amerikanischer Bürger zu werden bezw. wenn er nach einem Jahr nicht von seinem Recht, amerikanischer Bürger zu werden, Gebrauch gemacht hat. Alle fremden Einwanderer müssen sich alle sechs Monate beim Arbeitskommissar melden. Mit Ausnahme von Angestellten fremder Regierungen müssen alle Einwanderer einen Paß haben, der von den amerikanischen Konsularbehörden visiert worden ist, ehe sie ihr Vaterland verlassen. Dieses Visum wird nur erteilt, wenn sie ihre Absicht bekanntgeben, amerikanischer Bürger zu werden. Jeder, der diese Erklärung abgibt, muß sofort Englisch lernen. Einwanderer, die Amerika verlassen, ehe sie Bürger geworden sind, werden künftig nicht mehr zugelassen, es sei denn, daß sie Amerika nur mit einer Urlaubsgenehmigung verlassen haben.

Trostlose wirtschaftliche Lage

Budapest, 6. Sept. (Ungar. Korr.-Büro.) Ministerpräsident Friedrich erklärte einer Arbeiterdeputation, die Erfüllung der Wünsche der Arbeiter hinsichtlich der Wiederaufnahme der Arbeitslosenunterstützung sei sehr schwer, denn alle Fabriken seien im Konkurs. Mit Ausnahme der staatlichen sei keine im Betrieb. Es sei kein Geld vorhanden, die Banknotenpresse werde die Regierung aber nicht in Betrieb setzen. Postsparkassengeld werde nur so viel gedruckt, als Zehntausendkronennoten zur Deckung einliefen. Der Wunsch nach einer Lohnerhöhung sei eine äußerst schwierige Frage. Der Ministerpräsident wies als Beispiel für die Lage der Fabriken auf die Diatafabrik hin, deren Arbeiterrat während der Räteherrschaft 97 Millionen Schulden gemacht habe, um die Arbeiter dieser Fabrik zu beschäftigen. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten plane die Anlage eines Arbeitslosenfonds. Hierfür seien jedoch zehn Millionen in gutem Gelde notwendig. Uebrigens zeige die Arbeiterschaft keine große Neigung zur Teilnahme an öffentlichen Arbeiten. So seien bei einer Gelegenheit 4300 Arbeiter gesucht worden, es hätten sich jedoch insgesamt nur 180 gemeldet. Hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung habe der Staat immer mehr getan, als er eigentlich habe tun können.

Stadtverordnetenwahlen

Köln, 5. Sept. Die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei ist an die Leitungen der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschnationalen Partei Kölns schriftlich mit der Anregung herangetreten, daß die drei Parteien durch Aufstellung einer gemeinsamen Liste den Kampf um die Stadtverordnetensitze in geschlossener Front führen möchten. Während die Deutschnationale Volkspartei sich bereit erklärt hat, diesem Gedanken Folge zu geben, hat der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei geantwortet, daß die Partei wohl mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen wolle, daß sie aber ein Vorgehen zusammen mit der Deutschnationalen Volkspartei ablehnen müsse. — Das Zentrum geht selbständig vor.

Freie Bahn dem Tüchtigen

Stettin, 4. Sept. Der Vorsitzende des hiesigen Gewerkschaftskartells wurde zum kommissarischen Landrat des Kreises Usedom-Wollin ernannt.

Köln, 4. Sept. Als Polizeipräsident von Köln wurde, wie die „Rhein. Ztg." meldet, der sozialdemokratische Parteisekretär Paul Runge durch Herrn von Starck, der noch die Kölner Regierung vertritt, in sein Amt eingeführt. Damit zieht zum erstenmal ein Sozialdemokrat in der Rheinprovinz in ein hohes Staatsamt ein. „Es wird nicht der einzige und letzte bleiben dürfen", prophezeit das Kölner sozialdemokratische Blatt. Runge ist geborener Berliner und von Beruf Maler und Anstreicher. Er lebt seit mehreren Jahren als sozialdemokratischer Parteisekretär in Köln.

Der deutsche Schiffsverkehr mit dem Orient

Hamburg, 5. Sept. Die unmittelbare Verbindung Hamburg—Levante ist jetzt wieder aufgenommen. Als erster Dampfer ging der dänische Dampfer „Arnold Märske" mit Stückgutladung nach Beirut ab.

Die Serben als Massenmörder der Montenegriner

Newyork, 5. Sept. Die Chicago Tribune meldet: Neutrale Beobachter erklären, ein Eingreifen Amerikas und Englands in Montenegro sei notwendig, damit die Massenmorde durch die Serben verhindert würden.

Ehescheidungen in Preußen 1917

Im Berichtsjahre wurden in Preußen 7410 Ehen rechtskräftig geschieden, gegen 6409 im Jahre 1918, 6942 im Jahre 1915, 11 065 im Jahre 1914 und 11 102 im Jahre 1913. Nachdem also während des Krieges zunächst ein starker Rückgang der Scheidungswahl eingetreten ist, hat diese von 1916 auf 1917 um 1001 oder annähernd ein Sechstel, mithin recht erheblich zugenommen, bleibt aber noch unter dem Stande von 1900, in welchem Jahre die — von 1912 bis 1913 ununterbrochen gestiegene — Zahl sich auf 7539 gegen 6924 im Jahre vorher stellte. Auch im Verhältnis zur Zahl der Eheschließungen ist im Berichtsjahre die Ehescheidungsziffer in die Höhe gegangen: es entfielen nämlich 1917 auf 1000 Eheschließungs- 37,5 Scheidungsfälle, 1916 dagegen nur 30,2, 1915 39,1, 1914 38,7 und 1913 24,5.

Das Testament

Russischer Gesellschaftsroman.

Von Hans Becker.

29) Nachdruck verboten.

Sie sagte nochmals:

„Was wird aus dem Gelde, ich kann nicht ruhig sein, so lange —"

„Das müssen wir behalten. Glaube mir, auch mich quält das. Aber ich kann doch nicht hingehen und sagen: Hier nehmt das Geld, wir wollen es nicht haben.

Das glaubt mir doch keiner, so zarte Gefühle kennt die Welt heute nicht — ich würde mich selbst anklagen.

Wir können doch auch ohne Geld nicht leben. Was sollen wir denn anfangen? Mit meiner Praxis ist es hier zu Ende, ich kann keinen Menschen mehr verteidigen.

Laß uns erst zur Ruhe kommen, vielleicht finden wir einen Ausweg."

Nach einigem Nachdenken fügte er hinzu:

„Wie wir auch jetzt darüber denken, es ist dein Geld, dein Pflegevater hat es so gewollt, er hat mir doch wirklich das Testament diktiert.

Du allein hast Ansprüche darauf, bedenke doch, du bist im Reichtum erzogen, man hat dich an Wohlleben gewöhnt — nur ein Unglück hat diese furchtbare Wendung herbeigeführt."

Dora fand keine Erwiderung, ganz befreit war sie nicht, aber sie fühlte sich von den Leiden, die sie ausgestanden, erlöst. Nikolai war bei ihr, an anderes wollte sie jetzt nicht denken, sich das Glücksgefühl nicht verkümmern, nicht wieder die Furcht aufkommen lassen, daß die nächste Stunde ihr das wieder nehmen, die wohlige Ruhe, die sie empfunden, zerstören könnte.

Sie mußte die Hoffnung, daß alles sich zum Guten wenden würde, aufrecht zu erhalten suchen.

*

Am anderen Morgen erklärte Nikolai, daß er zur Stadt fahren wolle.

Sie sah ihn verwundert an, sie glaubte, daß er wie sie empfinden, daß es ihm schrecklich sein müßte, sich wieder unter Menschen, die ihn kannten, zu zeigen. Sie hätte am liebsten gleich eingepackt und wäre fort von hier, mit Gewalt zog es sie aus dem Lande, das sie so geliebt hatte.

Du bist eine deutsche Reichsangehörige — hatte ihr Pflegevater zu ihr gesagt. Sie erinnerte sich genau, wann das gewesen: Damals in Berlin, als sie zur russischen Botschaft fuhren.

Sie hatte das nicht gern gehört, es war ihr, als ob man ihr die Zugehörigkeit zu Rußland, das sie als Heimat kannte, nehmen wollte — heute empfand sie anders.

„Was hast du vor, kommst du bald zurück?"

In ihrer Frage zitterte eine bange Angst, daß sie wieder allein ihren Gedanken überlassen sein würde.

„Ich will zur Bank, zu Galliani. Ich möchte mit ihm sprechen. Wir müssen doch, wenn wir von hier fortgehen, die Verwaltung unseres — des Vermögens jemanden übertragen."

Dora staunte, wie er an alles dachte, wie er schon wieder mitten im Leben stand.

Das brachte sie darauf, was sie sich in der Nacht ausgedacht hatte. Jetzt, da er von Geld sprach, war wohl der richtige Augenblick, darüber zu reden.

Sie wußte nicht, wie er das aufnehmen würde; ein wenig zaghaft sagte sie daher:

„Mir ist so, als ob wir etwas tun müßten, damit —

Verstehst du, ein Opfer, eine Sühne möchte ich —"

Als sie zögerte, weiter zu sprechen, fragte Nikolai:

„Wem soll das Opfer zugute kommen?"

Sie errötete, nahm sich jedoch zusammen:

„Ich möchte eine Stiftung machen — oder zwei."

Sie fürchtete, daß er sie unterbrechen, sie dann nicht mehr den Mut haben würde, ihm zu sagen, was sie sich ausgedacht, deshalb fügte sie eifrig hinzu:

„Dem Findelhaus und dem Waisenhaus."

Er begriff: dem Findelhaus und dem Waisenhaus. Sie hatte sich wohl vorgestellt, daß sie in das eine wie das andere hätte hineinkommen können.

Ihr Wunsch rührte ihn:

„Gut, Herz. Wieviel dachtest du?"

Sie antwortete schnell; sie hatte schon alles überlegt:

„Für jedes hunderttausend Rubel."

„Wie du willst. Ich werde das durch Galliani veranlassen." ...

*

Als Kartschagin bei der Bank vorfuhr, traf er Frau Direktor Galliani, die gerade aus dem Hause trat und in ihr vor der Tür wartendes Kupee steigen wollte.

Sie schien ihn nicht zu sehen, wollte eilig an ihm vorüber, doch Kartschagin stellte sie.

Er grüßte tief und blieb stehen, so daß sie von ihrer Absicht, ihn zu schneiden, abgedrängt wurde.

„Herr Kartschagin, wollten Sie zu uns?"

Er lächelte.

„Wenn das „uns" Sie, gnädige Frau, mit einschließt, dann nicht so ganz. Diese Ehre habe ich mir vorbehalten, ich wollte mit Ihrem Herrn Gemahl sprechen, ihn bitten, die Verwaltung unseres Vermögens zu übernehmen, da meine Frau und ich für lange Zeit ins Ausland gehen."

Seine Worte änderten mit einem Schlage Frau Gallianis Benehmen:

„Und ich wollte gerade nach Peterhof heraus, um Ihrer lieben Frau einen Besuch zu machen, man bekommt sie garnicht zu sehen.

Soll ich auf Sie warten, wollen wir zusammen —?"

„Zu gütig, gnädige Frau, aber ich darf das nicht annehmen, die Unterredung mit Ihrem Herrn Gemahl könnte sich in die Länge ziehen. Vielleicht habe ich noch die Ehre, Sie anzutreffen, wenn ich nach Hause komme."

„Wie Sie wollen. Auf Wiedersehen bis dahin."

Kartschagin lächelte vor sich hin, als er die Treppe zu den Räumen der Bank hinaufstieg.

Sie hat garnicht daran gedacht, zu uns zu wollen. Im Gegenteil — aber das hat sich hübsch gemacht, daß sie mir in den Weg lief, sie wird jetzt dafür sorgen, daß unser Ruf wieder hergestellt wird.

Ja, das Geld, das Geld. ....

*

Frau Direktor Galliani fuhr nach Peterhof. Die Besorgungen, die sie hatte machen wollen, die ihr vorher so wichtig erschienen waren, daß sie trotz der Hitze von ihrem Landhause in die Stadt gekommen war, mußten zurückstehen.

Sie ging der ganz aus der Fassung gebrachten Dora mit offenen Armen entgegen:

„Meine liebe kleine Frau. Muß man von den Inseln kommen, die heiße Bahnfahrt hier heraus machen, um sich zu überzeugen, daß Sie noch leben?

Kein Wort, keinen Ton hört man von Ihnen — ich dachte schon, Sie seien fort, war daher ganz glücklich, als ich vor der Bank, wo ich meinem Mann ein paar Worte sagen wollte, ehe ich hierher fuhr, Ihren lieben Mann traf und mir so die Gewißheit verschaffen konnte, daß ich Sie antreffen würde."

Dora kam kaum zu Worte. Sie hätte im Augenblick auch nichts sagen können, so überrascht war sie durch den Besuch.

„Sie reisen ins Ausland? Ihr Mann sprach mir schon davon. Bald. Schon in diesen Tagen. Wohin — nach Berlin? Aber da bleiben Sie doch nicht, jetzt im Sommer, da halten Sie es nicht aus. Doch — in Ihrer Villa im Grunewald wollen Sie wohnen. Also geht es wohl erst zum Herbst weiter. Vielleicht treffen wir uns. Ich rede meinem Mann täglich zu, sich loszumachen. Vor Herbst wird es wohl nichts werden.

Wie das hier jetzt langweilig wird. Alle Welt macht sich auf und davon. Nun auch noch Sie, an der ich so sehr hänge.

Graf Molling geht auch dieser Tage. Er ist nach Berlin versetzt.

Können Sie sich denken, daß er sich darüber freut, trotzdem er doch bei uns ein wirkliches Heim gefunden.

Er sagt, er mag Petershof nicht, er wäre schon längst fortgegangen, wenn er nicht uns, seine Landsleute, hier getroffen. Wir sind doch auch Oesterreicher, das wissen Sie doch.

Offen gestanden, ich möchte auch fort. Auf immer. Man fühlt doch, daß man uns Oesterreicher hier nicht gern hat.

Aber was sollte aus der Bank werden — ohne meinen Mann. Man muß schon aushalten.

Dieser Molling. Wie undankbar er ist. Mein Mann und ich haben uns seiner so angenommen."

Lebensmittelverteilung.

Für die 37. Woche vom 8. bis 14. September 1919.

1. Deutsche Grundration:

	Zum Preise von:
100 g Margarine	72 ₰ je 100 g
250 g Kunsthonig	41 „ „ Pfund
125 g Zucker	59 „ „ „
125 g Haferflocken	76 „ „ „
250 g Marmelade	140 „ „ „
hochfertige Suppen, markenfrei	50 „ „ „
125 g Rinderpökelfleisch gegen Abgabe der Fleischm. 1—5	500 „ „ „
5 Pfund Kartoffeln	22 „ „ „

Sonderverteilung für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre:

	Zum Preise von:
250 g Zucker	59 ₰ je Pfund
250 g Kindergerstenmehl	80 „ „ „

2. Deutsche Zusatzration (Hoover) zum verbilligten Preise:

	Zum Preise von:
50 g Pflanzenfett	55 ₰ je 50 g
250 g Weizenmehl	85 „ „ Pfund
125 g Bohnen	130 „ „ „
125 g Speck und gesalzenes Schweinefleisch gegen Abgabe der Fleischmarken 6—10	450 „ „ „

3. Auf Befehl der französischen Behörde zur Erreichung der Lamorlaye-Ration (unverbilligt)

	Zum Preise von:
60 g Pflanzenfett	82 ₰ je 60 g
175 g ausl. Gerstenmehl	120 „ „ Pfd.

4. Aus dem freien Handel:

	Zum Preise von:
150 g Reisgrieß	280 ₰ je Pfund

Mitteilungen:

Nachdem der Herr Reichskommissar für Fischversorgung die Zwangsbewirtschaftung von Fischen und allen diesbezüglichen Verordnungen aufgehoben hat, werden hiermit die Magistratsverordnungen über

a) Regelung des Verkaufs von Fischen vom 2. März 1917;
b) Höchstpreise für Süßwasserfische vom 27. März 1918 bezw. 21. Juni 1918

ebenfalls aufgehoben.

Wiesbaden, den 7. September 1919.

Der Magistrat.

Betr.: Ernte 1919

Nach telegraphischer Mitteilung der Reichsgetreidestelle wird ein Lieferungszuschlag (Frühdruschprämie) für Brotgetreide und Gerste bei Lieferung vor dem 1. Oktober auf 150 Mk., bei Lieferung vor dem 16. Oktober auf 75 Mk. für die Tonne festgesetzt. Gleichzeitig ist der Hafer-Ausdrusch bis 15. Oktober 1919 verboten.

Wiesbaden, den 3. September 1919.

Der Magistrat.

Möblierte Zimmer u. Wohnungen betr.

Auf Verfügung des Herrn Kommandierenden Generals des französischen X. A. K. sind auch sämtliche freistehenden und freiwerdenden

möblierten Einzelzimmer- u. Wohnungen

die von der Verordnung vom 27. 8. betr. Vermietung freiwerdender Wohnungen nicht betroffen waren, nunmehr zur Verfügung der französischen Behörde zu stellen.

Das Mieten und Vermieten solcher Zimmer bezw. Wohnungen wird vorläufig untersagt.

Die Anmeldung dieser Zimmer bezw. Wohnungen hat sofort im Städt. Wohnungsamt, Rathaus, Zimmer 47, zu erfolgen.

Verstöße gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bezw. entsprechender Freiheitsstrafe geahndet.

Wiesbaden, den 5. September 1919.

Der Magistrat.

Vermietung von frei werdenden Wohnungen.

Zum Zwecke der Beschaffung von Wohnungen für die Offiziere der Besatzungsarmee und deren Familien ist auf Befehl der französischen Behörde vom Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung ab das Vermieten von Wohnungen von mehr als zwei Zimmern nur mit Genehmigung des Magistrats gestattet.

Die Genehmigung hängt von der Zustimmung der französischen Behörde ab. Die Entscheidung wird innerhalb 14 Tagen nach der Anmeldung beim Städt. Wohnungsnachweis (Vergl. Verordnung über die Beschaffung von Wohnungen vom 9. Juli 1919) getroffen.

Wiesbaden, den 27. August 1919.

Der Magistrat.

Wohnungsmeldung betr.

Laut Bekanntmachung vom 9. Juli 1919 über die Beschaffung von Wohnungen sind sämtliche Wohnungen, nicht nur die in der Polizeiverordnung vom 11. Juni 1919 genannten 1—4-Zimmerwohnungen, sowie alle möblierten Zimmer auf dem Städtischen Wohnungsnachweis, Rathaus, Zimmer 47, fortlaufend zu melden.

Wiesbaden, den 2. September 1919.

Der Magistrat.

Verordnung betr. die Veräußerung gebrauchter Möbel.

Auf Befehl der französischen Behörde wird zum Zweck der Beschaffung von Wohnungseinrichtungen für Angehörige der französischen Besatzung folgende Anordnung erlassen: Ziffer 9, Absatz 1 der Verordnung betr. die Veräußerung gebrauchter Möbel vom 19. September 1918 und 16. Juli 1919 erhält folgende Fassung:

Nimmt der Magistrat (Möbelamt) von dem Ankauf der angebotenen Gegenstände Abstand, so gibt er sie zur anderweitigen Verwertung frei. Die Freigabe wird in geeigneter Weise an dem Gegenstand kenntlich gemacht.

Wiesbaden, den 5. September 1919.

Der Magistrat.

Beckhardt, Kaufmann & Co.

Alleinige Verkaufsniederlage für Wiesbaden der Firma

Nassauische Leinenindustrie J. M. Baum

Wiesbaden

Ecke Kirchgasse und Friedrichstraße — Telefon 854.

Größte Auswahl in

Herren-Wäsche

aller Preislagen

Kragen, Manschetten, Shawls, Strick-Krawatten, Herren-Socken, Maßanfertigung von Oberhemden, Nachthemden, Schlafanzügen in bewährt soliden Qualitäten zu mäßigen Preisen in eigenen Ateliers unter fachmännischer Leitung.

Bernard Renauld aus Nancy

Import Lebensmittel Export

Schwalbacher Str. 1 — Wiesbaden.

Reklame-Tages-Artikel:

Kaffee, prima Mischung	¼ Pfund	**2.45**
Französ. Sardinen	Dose, 210 gr.	**3.65**
Feinste Sprats in Olivenöl	Dose	**3.00**
Weisse Bohnen	Pfund	**2.10**

Ferner: Oele, Margarine, Fett, Schmalz, Konserven.

Assmannshäuser Gichtwasser

urkundlich seit 1489 medizinisch bekannt und bewährt bei Gicht-, Rheuma-, Ischias-, Stein-, Nieren- und Blasenleiden

F. WIRTH G. m. b. H., Mineralwasser-Großhandlung

Güterbahnhof-West Telefon 522 Taunusstraße 22

Offene Stellen

Flott. Stenotypistinnen und Buchhalterinnen sucht **Stellennachweis f. kaufm. Angestellte i. Städt. Arbeitsamt,** Zimmer 11.

Hausbeamtinnen Erzieherinnen, Kindergärtnerinnen für hier und auswärts sucht **Städt. Arbeitsamt,** Zimmer 10.

Putz-, Monatsfrauen Tagmädchen finden sofort Einstellung durch **das Städt. Arbeitsamt,** Zimmer 1.

Tücht. Alleinmädchen für Küche und Hausarbeit zu II. Familie, mit guten Zeugn. per 15. September od. 1. Okt. gesucht. Vorzustellen von 2—4 Uhr, außer Sonntag. **Hillebrand,** Kaufmann, Biebrich, Kaiserstraße 57 I l.

Suche per sofort oder später braves tüchtiges **Mädchen** geg. gut. Lohn. Eltville a. Rh. Schwalbacher Straße 18.

Verkäufe

2schläfr., fast neues Muschelbett, Sofa, 2tür. Kleiderschr., Küchenschr., Stühle, Ausziehtisch mit 2 Einl., Spiegel m. Konsol, sehr billig zu verkauf. **Schwab,** Deubenstraße 7, p.

Rollschuhe mit und ohne Kugellager von Mk. 10.50 an. **Reinhard Steib** Eisenwaren, Wiesbaden, Moritzstraße 9, Telephon 1068.

Ia Kautabak garant. rein, Rolle 80 Pfg., Wiederverkäuf. billiger. Jedes Quantum lieferbar. **Zigarren- und Tabakwarenhandlung Karbinsky,** Wiesbaden, i. Residenztheater, Luisenstraße 42.



Gutherhalt. Füllofen billig zu verk. Rossel, Saalstr. 14, III

Ankäufe

Zum Lernen geeignetes **Piano** zu kaufen gesucht. Angeb. an **Carl Fey,** Sedanplatz 7 I.

1 Pianino gesucht gegen bar. Gefl. Zuschrift mit Preisangabe erbittet Fräulein **Sophie Braun Wiesbaden,** Walramstraße 4.

Korken Flaschen, Papier, Lumpen, Metalle kauft stets zu höchst. Preisen **Acker,** Wiesbaden, Wellritzstraße 21 Tel. 3939 Postsch.-K. 19659

Kaufe Altmaterial: Lumpen, gestrickte Wollumpen, Papier zum Einstampfen, Zeitungen und Metall. Zahle Höchstpreise **J. Gauer** Wiesbaden, Helenenstraße 18. Telephon 1832.

Verschiedenes

130000-140000 Mk. I. Hypothek von Selbstgeber gesucht. Offerten unter 4424 an die Geschäftsst. dieser Ztg.

Herrenwäsche zum Bügeln wird angenommen, prompte Bedienung, schonende Behandlung der Wäsche. **Frau Luise Stoffel,** Wiesbaden, Hellmundstr. 50, 3.

Pariser Stirn- und Haaben-Netze Stück 90 Pfg. 3 Stck. 2.50 Mk. **Steiner,** neben Residenztheater

Geflügelfreunde lesen die **Geflügel-Welt** Chemnitz. M 20 Probe-Nr. u. Bücherzettel gratis.

Von der Reise zurück. Dr. Biermer.

Trauringe in größter Auswahl empfiehlt **Otto Baumbach,** Yorkstraße 32.

Antike Möbel, Bilder, Gläser, Porzellane, Silber, Zinn und alle sonstigen Gegenstände des Kunstgewerbes kauft höchstzahlend **W. Fliegen,** Grabenstr. 36, Wagemannstr. 3. Telefon 52.

Großen Posten reinen **Rauchtabak** lose und gepackt, abzugeben **Alex,** Biebrich am Rhein, Mainzerstr. 24. Telefon 186.

Kristall-Palast

Wiesbaden, Schwalbacherstraße 51, Telefon Nr. 829

Abteilung: Restaurant.

Ab heute täglich:

Einheits-Mittagstisch

Mark 3.— das Gedeck.

Gutgepflegte Weine und Biere.

Jacob Loesch

Weingroßhandlung Wiesbaden.

Büro und Kellerei

befinden sich ab 5. September

Dotzheimer Straße 43.

Aus dem Felde zurück

Dr. med. Eduard Althen

Sprechstunden: An Wochentagen von 2—3½ Uhr nachmittags. Außerdem Mittwochs u. Samstags von 10—11 Uhr vormittags. Sonntags keine Sprechstunde.

Wiesbaden, Taunusstraße 13. Telefon 2489

Von der Reise zurück

Dr. Hans Wicke

Facharzt für Frauenleiden u. Geburtshülfe

Sprechstunden:
für Kassenkranke von ½3—4 Uhr
für Privatkranke von ½5—½6 Uhr

Donnerstags keine Sprechstunde.

Kaufm. Verein v. 1858 Hamburg

Bezirk Wiesbaden

Unsere neu errichtete

Geschäftsstelle

befindet sich

Michelsberg 28, Mittelbau rechts

Geschäftsstunden: 9—3 Uhr
Fernruf Nr. 1958 angemeldet

Auskunfts- u. Beratungsstelle für alle Berufsangehörigen

Der 58er Verein ist die Angestelltengewerkschaft auf parteipolitisch streng neutraler Grundlage, die alle Berufsangehörigen ohne Unterschied der Religion und des Geschlechts aufnimmt.

Prämiiert gold. Medaille

Paul Rehm, Zahn-Praxis

Friedrichstraße 50, I.

Zahnschmerzbeseitigung.

Zahnziehen, Nervtöten, Plombieren, Zahnregulierungen, Künstlicher Zahnersatz in div. Ausführungen u. a. m.

Sprechst.: 9—6 Uhr. Telefon 3181.

Dentist des Wiesbadener Beamten-Vereins

Schiffer kaufen alle Lacke und Farben, Zinkweiß, lichtechtes Grün, Rot Blau, Gelb, in Leinöl angerieben, Emaillack, Fußbodenfarben, zuverlässig und gut bei

Georg Spies-Schmitt, Mainz

Farben- u. Lackfabrik, Neckarstrasse 3, Fernsprecher 570.

Generalvertreter: Paul Müller, Bingen.

Zigaretten

(englische u. amerikanische) 14 verschiedene Marken

in größeren und kleineren Mengen nur für Wiederverkäufer empfiehlt

Großhandels-Zentrale Wiesbadener Zigarrenhändler

Bahnhofstraße 8, Eingang im Hof.

Bei der Bekämpfung der Tuberkulose, sowie bei Rheumatismus, Gicht, Ischias, Kinder-, Frauen- und Hautkrankheiten leisten

Kreuznacher Mutterlaugenbäder

hervorragende Dienste.

Städtische Salinen-Verwaltung Bad Kreuznach.

F. WIRTH G. m. b. H.

Mineralwasser - Großhandlung

Güterbahnhof-West Tel. 522 Taunusstr. 22

Kurhaus zu Wiesbaden

Montag, den 8. September, nachmittags 4 Uhr: Abonnements-Konzert des Städtischen Kurorchesters. Leitung: H. Irmer, städt. Kurkapellmeister. 1. Ouvertüre zur Oper „Maurer und Schlosser" (Auber). 2. Ständchen (F. Schubert). 3. Neues Leben, Walzer (L. Ponzak). 4. Alpensänger, Potpourri (O. Ferras). 5. Ouvertüre zur Operette „Orpheus in der Unterwelt" (J. Offenbach). 6. Postillon d'amour, Gavotte (T. Ebner). 7. Fantasie aus der Oper „Robert der Teufel" (G. Meyerbeer). 8. Marsch über Webersche Motive aus „Kommt ein schlanker Bursch gegangen" (O. Döge). * Abends 8 Uhr: Abonnements-Konzert. 1. Ouvertüre zu „Fierrabras" (F. Schubert). 2. Duett, vierter Akt aus der Oper „Die Hugenotten" (G. Meyerbeer). 3. Gavotte (J. Offenbach). 4. Arie aus der Oper „Ernani" (G. Verdi). 5. Ouvertüre aus der Oper „Titus" (W. A. Mozart). 6. Seid umschlungen, Millionen, Walzer (Joh. Strauß). 7. Fantasie aus der Oper „Die Stumme von Portici" (D. F. Auber). 8. Sportklub, Marsch (Hahn).

Nassauisches Landestheater

Montag, den 8. September, abends 6.30 Uhr: **Die Journalisten.** Lustspiel in vier Akten von Gustav Freytag. — Personen: Berg, Oberst a. D.: H. Rodenk. — Ida, seine Tochter: Helga Reimers. — Adelheid Runeck: Jutta Berten. — Senden: Bernh. Herrmann. — Oldendorf, Redakteur: G. Schwab. Bols, Redakteur: W. Steinbeck. — Bellmann: Gustav Albert. — Lämpe: Karl Diehl. — Körner: Alfred Hummel. — Henning, Buchdrucker: Adolf Spieß. — Müller, Faktotum: H. Bernhöft. — Blumenberg, Redakteur: Fr. Brüter. — Schmock: Ernst Legal. — Piepenbrink: Max Andriano. Lotte, seine Frau: Marga Kuhn. — Bertha, ihre Tochter: Paula Lenz. — Klemmichel: Guido Lehmann. — Fritz, sein Sohn: M. Andriano. — Schwartz, Justizrat: P. Wegner. — Tänzerin: Marie Doppelbauer. — Nork, Schreiber: Walter Hollin. — Karl, Bediente: E. Mascheck. — Ende etwa 9.30 Uhr.

Residenz-Theater

Montag, den 8. September, abends 7.30 Uhr: **Der Soldat der Marie.** Operette in drei Akten von Bernhard Buchbinder, Jean Kren und Alfred Schönfeld. Musik von Leo Ascher. Ende 10 Uhr.

Kammerlichtspiele Intime Lichtbildbühne Mauritiusstr. 12 — Tel. 6137

„Künstler-Ehre". Dramatischer Kunstfilm in 5 Akten.

„Hans und die Wahrsagerin". Lustige Komödie.

Thalia-Theater Größtes, mod. Lichtspielhaus Kirchgasse 72. Telephon 6137

Bruno Kastner in dem 5aktigen Filmdrama „Die Bodega von Loa Cuerros" — „Große Rosinen" Lustspiel in 3 Akten.

Aus aller Welt

Darmstadt, 5. Sept. Die hiesige Schuhmacher-Vereinigung gibt bekannt, daß sie mit Rücksicht auf die seit der Freigebung des Leders in den freien Handel eingetretene Teuerung des Leders bis zu vierhundert Prozent von jetzt ab Herrensohlen und Fleck nur zu 22—30 Mark das Paar anfertigen könne.

Heidelberg, 5. Sept. Die Heidelberger Sternwarte meldet: In der letzten Woche wurden in den Vereinigten Staaten zwei neue Kometen durch den Astronomen Metcalf entdeckt; sie haben die Helligkeit von Sternen 3. und 2. Größe.

Ludwigshafen, 5. Sept. Postschaffner Funk, der bei den Vorgängen im hiesigen Postamtsgebäude durch Bauchschuß verletzt wurde, ist im städtischen Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Aus der Westpfalz. Die Kartoffelernte scheint heuer ausgezeichnet zu werden. Wahre Wunder hat das Wachswetter der letzten Wochen gewirkt; es hat die Entwicklung beträchtlich gefördert. Die überaus reichen Erntemengen haben in neuester Zeit wieder wesentlich preisdrückend gewirkt. Die größte Not ist vorüber.

Saarlouis, 5. Sept. Die Stadt beabsichtigt die Aufnahme einer Anleihe von 2 Millionen Mark zum Bau einer Bahn Saarlouis-St. Avold.

Winterbach (Kreis St. Wendel), 4. Sept. Einen Streik hatte am letzten Freitag die Gemeinde Winterbach zu verzeichnen. Es streikten die Schüler der Oberstufe der hiesigen Gemeindeschule. Als um 2 Uhr nachmittags der Unterricht beginnen sollte, zogen etwa 48 Schüler in den Wald. Obwohl der Lehrer ihnen nachlief (!), konnte er keinen zur Schule bewegen. Von den Aesten der Bäume, wo sie sich versteckt hielten, pfiffen sie ihn vielmehr aus. Was die Schüler zu ihrem Tun veranlaßt hat, ist unbekannt.

Trier, 4. Sept. General Mangin, der Oberbefehlshaber der 10. französischen Besatzungsarmee, weilte am Mittwoch in unserer Stadt. Am Vormittag hielt er in der Nordallee Truppenschau über die französische Garnison von Trier ab. General Mangin und Bischof Korum statteten sich der „Landeszeitung" zufolge, gegenseitig längere Besuche ab. Auch Vertreter der Stadt und einzelne Persönlichkeiten wurden von dem General empfangen. General Mangin besichtigte den Dom und dessen Sehenswürdigkeiten. Heute morgen verließ er Trier.

Trier, 4. Sept. Auf dem heutigen Wochenmarkt fehlte Obst fast gänzlich, was daher kommt, daß die Händler sich mit den festgesetzten Höchstpreisen nicht einverstanden erklären wollen. Die Stadt dagegen brachte Birnen zum Preise von 15 ₰ das Pfund zum Verkauf. Ein Händler hatte frische Landbutter zum Markt gebracht, die er zu dem verhältnismäßig billigen Preise von 10 ℳ das Pfund abgab.

Prüm, 5. Sept. Im Kreise Prüm nimmt die Wildplage erschreckend überhand, zumal Hirsche und Schweine. In Rudeln von 20—30 Stück findet man die Borstentiere in Wald und Feld an der Arbeit. Bei solchen Zuständen muß der Landmann die Lust an der Arbeit verlieren. Was nützt es ihm, wenn er sich noch so sehr abmüht, eine gute Ernte zu erzielen, und eines Tages findet er seine ganze Hoffnung vernichtet.

Neuwied, 5. Sept. Bei Niederhammerstein wurden gestern das linke Bein und der Kopf der Dina Ecker aus dem Rhein gezogen. — Die Frau Wwe. Böcking, die sich wegen dringenden Verdachts der Tat, die sie ja auch eingestanden hat, im Untersuchungsgefängnis befand, wurde heute morgen tot in ihrer Zelle aufgefunden. Sie ist durch Selbstmord geendet. — Die Meldung, daß ein früher bei dem Vater der Dina Ecker beschäftigter Metzgergeselle die Zerstückelung der Leiche vorgenommen habe, entspricht nicht den Tatsachen. Es handelt sich hier um einen völlig unbegründeten Angriff auf die Ehre eines bisher unbescholtenen Mannes, gegen den auch nicht der geringste Verdacht vorliegt.

Köln, 6. Sept. Gestern mittag gegen 12 Uhr überfielen an der Unterführung der Gladbacher Straße drei Männer den Kassenboten einer Speditionsfirma und raubten ihm etwa 50 000 Mark. Als der Kassenbote sich zur Wehr setzte, zogen die Straßenräuber ein Messer und verletzten ihn durch zwei Messerstiche. Auf das Hilfeschreien des Beraubten eilten Passanten herbei und versuchten, die Täter festzunehmen. Die Räuber setzten sich aber derartig zur Wehr, daß es ihnen gelang, mit dem Gelde zu entkommen.

Bottrop, 5. Sept. Die fiskalische Zeche Rheinbaben beabsichtigt, 1000 neue Wohnungen für Bergarbeiter zu bauen, wovon 600 auf Bottrop und 400 auf Gladbeck entfallen. Insgesamt sind für den Bau 12 Millionen Mark erforderlich.

Ibbenbüren i. W., 4. Sept. In den Abendstunden erschienen zwei junge Burschen, von denen einer in Feldgrau war, bei dem Pfarrer, sowie bei dem Kaplan und forderten unter Vorhaltung eines Revolvers die sofortige Herausgabe des ganzen Geldbestandes. In ihrer bedrohlichen Lage gaben die Geistlichen das vorhandene Geld in Höhe von 200 Mark heraus. Die Räuber verlangten beim Weggange strengstes Stillschweigen, widrigenfalls sie mit Erschießen drohten. Man ist den Burschen auf der Spur.

Meißen, 5. Sept. Wie nachträglich bekannt wird, hat sich beim Besuch Eberts und Noskes in Meißen ein peinlicher Zwischenfall abgespielt. Als die beiden Staatsmänner die staatliche Porzellanfabrik verließen, trat der Spartakist Heinemann an ihr Auto und beschimpfte sie durch Ausrufe wie „Bluthunde". Er erklärte, daß er sie erschießen würde, wenn er Waffen bei sich hätte. Heinemann wurde verhaftet und nach Dresden gebracht.

Berlin, 5. Sept. Nach der „Deutsch. Allgem. Ztg." sind die Ergebnisse der Leipziger Messe sehr günstig. Infolge des Eingreifens der Kundschaft aus den bisher feindlichen Staaten sind die früheren geschäftlichen Verbindungen wieder angeknüpft worden. Die Einkäufer aus Nordamerika und England haben Aufträge erteilt, während die Franzosen in der Hauptsache sich zu unterrichten suchten und die Erteilung von Aufträgen durch Besuch der Fabrikplätze in Aussicht stellten. Die Amerikaner haben großen Bedarf namentlich in Porzellan geltend gemacht. Auch Südamerika, Italien, Spanien und Polen waren unter den Einkäufern vertreten. Was die Beteiligung der Inlandkundschaft an der Messe anlangt, so war sie zurückhaltend, wohl in der Erwartung des baldigen Abbaues der Preise.

Straßburg, 6. September. Die Verzichtleistung des Bischofs Dr. Fritzen ist vom Papst unter Verleihung des Titels eines Erzbischofs von Mocissus oder Justinianopolis in Kappadozien genehmigt worden. — Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß der bisherige Bischof von Metz, Willibrord Benzler, vom Papst aus Anlaß seiner Verzichtleistung auf sein bisheriges Bistum zum Erzbischof von Attalia in Pamphylien (Kleinasien) ernannt wurde.

Paris, 5. Sept. An den Ufern der Seine soll eine Riesenausstellungshalle errichtet werden, in der die Produzenten und Käufer der ganzen Welt zusammengeführt werden sollen. Die Halle wird am Quai von Passy errichtet werden und gegen 100 Millionen Franken kosten. In derselben soll eine ständige Weltmesse abgehalten werden. Amerikanische Fabrikanten und Produzenten sollen die Hauptbeteiligten sein.

Kopenhagen, 5. Sept. (Eine Brücke über einen Meeresarm.) Der dänische Verkehrsminister wird zu Beginn der neuen Reichstagsperiode einen Gesetzentwurf zum Bau einer Eisenbahnbrücke über den Kleinen Sund einbringen. Die Brücke soll 42 Meter hoch werden, sodaß auch die höchsten Schiffe drunter durchfahren können.

Kopenhagen, 4. Sept. Die letzten aus St. Petersburg eingetroffenen Zeitungen melden, daß in Moskau eine Bande von 18 Personen einen Ueberfall auf die Reichsbank ausführte und über zwei Millionen Rubel raubte. Dies ist der dritte gut vorbereitete und gelungene Ueberfall auf die Reichsbank in Moskau seit kurzer Zeit.

Johannisburg (Transvaal), 3. Sept. Aus dem Innern des Landes wird gemeldet, daß es in einigen Landstrichen seit drei Monaten nicht mehr geregnet hat. Das Vieh stirbt, und die Vorräte gehen zu Ende. Die Straußenzucht muß eingestellt werden, da kein Futter mehr für die Tiere vorhanden ist.

Aus der Provinz

Geisenheim, 6. Sept. Das gesamte Winstadt-Bastingsche Anwesen, Breitestraße und Marktstraße, ging durch Kauf an Installationsmeister Jakob Edel über.

i. Elbingen, 6. Sept. Für gute Weinbergsarbeiten wurde der Winzer Georg Kremer von hier seitens der Landwirtschaftskammer durch Verleihung eines Diploms und einer Prämie von 20 Mark ausgezeichnet.

Aus dem Rheingau, 6. Sept. Auf Anordnung der Reichsgetreidestelle in Berlin werden für die Ablieferung von Brotgetreide und Gerste folgende Lieferungszuschläge gezahlt: Bei Anlieferung vor dem 1. Oktober 1919 150 Mark für die Tonne und bei Anlieferung vor dem 16. Oktober 1919 75 Mark für die Tonne. Die Getreidepreise werden demnach wie folgt festgesetzt. Bei Ablieferung vor dem 1. Oktober 1919 für Roggen 56,50, für Weizen 58,50 und für Gerste 55 Mark; vor dem 16. Oktober 1919 für Roggen 49, für Weizen 51 und für Gerste 47,50 Mark.

Braubach, 5. Sept. Wachtmeister Heuser konfiszierte hier zwei geschlachtete Kälber, die nach Rüdesheim verschoben werden sollten.

i. Höchst, 7. Sept. Heute feierten hier die Eheleute Privatier Heinrich Kaiser und Frau geb. Kunz das Fest der goldenen Hochzeit.

Frankfurt a. M., 6. Sept. Gestern ertranken beim Baden im offenen Main die Söhne Lucian und Heinrich der Flüchtlingsfamilien Seibert und Heilborn. Die Knaben waren acht und neun Jahre alt; einer von ihnen konnte schwimmen. Ihre Leichen sind geländet. Außerdem ist noch ein dritter Junge ertrunken, dessen Leiche aber noch nicht gefunden wurde.

Bad Homburg. Einer adligen Dame schwindelte hier ein Mensch unter dem Versprechen, sie zu betraten, 18000 Mark Bargeld und für 1600 Mark Schmucksachen ab. Der Schwindler wurde in Heidelberg entlarvt und verhaftet.

Oberhöchstadt, 5. Sept. Aus dem Gutshof des Genesungsheims „Hohe Wald", das dem Frankfurter Hospital zum hl. Geiste gehört, wurden in der Nacht zum Mittwoch drei schwere Kühe gestohlen. Die Diebe, die offenbar sehr lokalkundig waren, hatten die Zeit benutzt, in der der Wächter seine Wohnung aufsuchte, um einen Imbiß zu nehmen. Sie führten die Tiere, denen sie die Hufe mit Lumpen verwickelt hatten durch den Wald bis zur Königstein-Oberurseler Chaussee und luden sie dort auf Wagen.

Aus Wiesbaden

Lebensmittelverteilung

Auf den im Anzeigenteil abgedruckten Wochenverteilungsplan des Magistrats wird verwiesen. Da Zufuhren an lebendem Vieh in der vergangenen Woche nicht zu verzeichnen waren, kann weder frisches Fleisch zur Verteilung kommen, noch die bereits begonnene Wurstverteilung in dieser Woche weiter fortgesetzt werden. Zu der kürzlich erfolgten Erhöhung der Margarinepreise sei ergänzend bemerkt, daß diese Erhöhung von der Reichsfettstelle mit der fortwährenden Steigerung der Rohmaterialienpreise, Arbeitslöhne und Kohlenpreise begründet worden ist. Bezüglich der Kartoffelverteilung erfolgt besondere Bekanntmachung. Es wird noch bemerkt, daß alle mit der Zwangsbewirtschaftung von Fischen zusammenhängenden Verordnungen aufgehoben worden sind, da der Herr Reichskommissar für die Fischversorgung die Fischbewirtschaftung freigegeben hat. Im übrigen siehe den Text im Anzeigenteil.

Ausfuhr und Verkauf gebrauchter Möbel verboten

Der Magistrat macht auf Befehl der französischen Behörde eine zum Zweck der Beschaffung von Wohnungseinrichtungen für Angehörige der französischen Besatzung erlassene Aenderung betreffend die Beräußerung gebrauchter Möbel vom 19. September 1918 und 10. Juli 1919 bekannt. Demnach wird das seither nur für einfachere Möbel und Einrichtungsgegenstände bestehende Vorkaufsrecht des Magistrats auf solche jeder Art ausgedehnt. Zuwiderhandlungen, auch die unerlaubte Ausfuhr, werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Personalien

Nach der „Hochschulkorrespondenz" erhielt der bisherige ordentliche Professor an der Straßburger Universität Dr. Martin Spahn das neuerrichtete Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Köln. — Professor Spahn, ein Sohn des bekannten Politikers, preußischen Justizministers a. D. Spahn, ist 1875 geboren, habilitierte sich 1898 für Geschichte in Berlin, wurde im Februar 1901 Extraordinarius in Bonn und noch im gleichen Jahre Ordinarius für neuere Geschichte in Straßburg. Nach Auflösung der deutschen Universität Straßburg war Professor Spahn in Neuburg a. d. Donau dom[illegible]iert.

Kaufmännischer Verein von 1858

Vorgenannter Verein hat hier in Wiesbaden eine berufsamtliche Geschäftsstelle errichtet, die sich Michelsberg 28 befindet. Diese Tatsache ist im Interesse der Angestellten zu begrüßen. Der 58er Verein hat sich, seit er als erste Angestelltenorganisation mit dem ausgesprochenen Willen zur Selbsthilfe gegründet wurde, vom Berufsverein zur reinen Angestelltengewerkschaft umgewandelt. Unentwegt eintretend für die Interessen der Angestellten, ist er seinem Grundsatze, daß Partei- und Kulturpolitik nicht in einer wirtschaftlichen Interessenvertretung getrieben werden darf, treu geblieben; denn er ist der Ansicht, daß nur auf der Grundlage der partei- und kulturpolitischen Neutralität der Einheitsverband sich schaffen läßt, und daß nur auf diesem Boden eine wirksame soziale Standespolitik möglich ist.

Volksunterhaltungsabend

Der am Freitag von Herrn Gustav Jacobs im großen Saal der Casino-Gesellschaft veranstaltete Volksunterhaltungsabend war unserem deutschesten Liederkomponisten Schubert gewidmet, dessen Kompositionen so recht zur „Unterhaltung des Volkes" geschaffen sind. Und so war das Volk dem Rufe Jacobs in hellen Scharen gefolgt, um so mehr, als die berufensten Künstlerinnen und Künstler des hiesigen Theaters gewonnen waren. Frl. Lilli Haas und Frau Müller-Reichel brachten eine ganze Reihe der schönsten Lieder Schuberts zu Gehör. Dieselben gaben beiden Damen aufs neue Gelegenheit, ihr großes Können zu zeigen; es war interessant, zu verfolgen, wie jede der Damen ihre Aufgabe anfaßte: Frl. Haas dramatisch belebt und gestaltungsreich mit großer Stimme, Frau Müller-Reichel im vornehmen belcanto-Stil, ungemein zart und weich, zu Herzen sprechend. Das hier rühmlichst bekannte Lindner-Quartett (Kammervirtuose Lindner, 1. Violine, Kammermusiker Liesel, 2. Violine, Kammermusiker Weimer, Viola, Kammermusiker Backhaus, Violoncello) brachte mit dem Schubertschen Streichquartett „d-moll" eine angenehme Abwechselung in der Vortragsfolge. Von Schubertschem Geiste getragen, erklangen die vier Sätze, sorgfältig ausgearbeitet, einer dem anderen sich anpassend. Der Dank des Publikums blieb nicht aus, denn es geizte nicht mit Beifall.

Das Betriebsrätegesetz

Im Kaufmännischen Verein verbreitete sich am verflossenen Freitag das Mitglied der Preußischen Landesversammlung Dr. Kalle über den Entwurf des Betriebsrätegesetzes. Folgende Entschließung wurde angenommen: „Gegen den von der Regierung veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte erheben wir die schwersten Bedenken. Angestellten und Arbeitern soll ein weitgehendes Recht auf Mitwirkung bei Regelung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse gewahrt bleiben, aber ein Mitbestimmungsrecht, insbesondere im Aufsichtsrate, bei Einstellung und Entlassung der leitenden Beamten, bei Einführung neuer Arbeitsmethoden darf nicht zugestanden werden, wenn nicht erneute Beunruhigung und schwere Kämpfe in die Betriebe hineingetragen und dem heute bereits auf das schwerste gefährdeten Wirtschaftsleben jeder Antrieb zu neuem Aufstieg genommen werden soll. In bezug auf die Einzelheiten des Gesetzentwurfs stimmen wir den Vorschlägen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände zu."

Diebstähle

Auf dem Nordfriedhof wurde am Freitag einer Dame vor der Gruft ihres verstorbenen Mannes eine wertvolle schwarze lederne Handtasche gestohlen. Die Dame hatte auf wenige Augenblicke die Grabstätte verlassen, um an dem in nächster Nähe befindlichen Brunnen Wasser zu holen. Der Inhalt des Täschchens besteht aus einem Portemonnaie, 560 Mark in Papierscheinen, einer goldenen Uhr mit massiv goldener Kette, einer Brillantbrosche, sämtlichen Ausweis- und Haushaltungsscheinen und verschiedenen Schlüsseln. — Gestohlen wurde aus einem Hause an der Gerichtsstraße eine Kiste mit Kakao im Gewicht von zwei Zentnern.

Harte Strafe für einen Scherz

„Schöner Papagei wegen Futtermangel unentgeltlich abzugeben. Schock, Pianohandlung, Hellmundstraße 5, wenn geschlossen Bismarckring 6", so lautete ein Inserat in einer hiesigen Tageszeitung vor einiger Zeit. Viele Vogelfreunde kamen, um das Tier vor dem Verhungern zu schützen. Der vermutliche Inserent wußte sich nicht zu helfen, zumal er gar keinen Papagei besaß. Festgestellt wurde, daß diesen Schabernack der Tapezierermeister August O. dahier gespielt hatte. Da O. das Inserat mit falschem Namen unterzeichnet, nahm das Schöffengericht ihn wegen Urkundenfälschung in eine Gefängnisstrafe von drei Tagen.

Standesamtsnachrichten

Sterbefälle. Am 4. September: Amalie Günther, ohne Beruf, 55 J. Am 5. September: Kind Ernst Kirchner, 6 Monate; Ehefrau Pauline Kaiser geb. Koch, 65 J.

Kunstnotizen

Residenztheater. Wochenspielplan vom 8. bis 13. September. Montag: Der Soldat der Marie. Dienstag: Die schöne Helena. Mittwoch: Ein Walzertraum. Donnerstag: Die Geisha. Freitag: Die schöne Helena. Samstag: Der fidele Bauer. Anfang stets um 7.30 Uhr.

Die Kammerlichtspiele bringen bis einschließlich Dienstag den Film „Künstlerehre" in deutscher und französischer Textschrift. Von Mittwoch an das amerikanische Sport-Drama „Lilelotte".

Obst-Versteigerung

Donnerstag, den 11. September d. Js., nachmittags 2 Uhr bringen wir auf dem Domänialgelände **Rettbergsaue** (Sammelpunkt Badeanstalt Ezelins) die Ernte von ca. 120 Obstbäumen gegen sofortige Barzahlung zur Versteigerung.

Pferdezucht-Genossenschaft
Wiesbaden, Moritzstraße 29.

Pianos
eigen. Arbeit unt. Garantie
Neue und gebrauchte
Harmoniums
Leoncavallo-Flügel
Stimmen und gr. Reparaturen
Wilhelm Müller
Kgl. Span. u. Luxemburg Hof-Pianofabrik
Münsterstraße 3. Mainz Gegr. 1854

Gegr. 1865. Tel. 265.
Beerdigungs-Anstalten
Friede u. Pietät
Firma
Adolf Limbarth
Wiesbaden,
Ellenbogengasse 8.
Gr. Lager in all. Arten
Holz- und Metall-Särgen
zu reellen Preisen.
Eigene Leichenwagen und Kranzwagen.

Trauerdrucksachen
liefert schnellstens
Buchdruckerei der Rhein. Volkszeitung.

Statt Karten.

Wir beehren uns, die Verlobung unserer Tochter **Anny** mit Herrn Fabrikbesitzer **Dr. jur. Ph. Winkler** anzuzeigen.

Prof. Dr. med. Hackenbruch und Frau Margarete geb. Peun.

Meine Verlobung mit Fräulein **Anny Hackenbruch** beehre ich mich anzuzeigen.

Dr. jur. Ph. Winkler.

Wiesbaden, im September 1919.

Heute entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden, mein lieber Mann, unser guter Vater, der

Apotheker Hubert Kost

im 75. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Katharina Kost
geb. Sendenhorst.

Wiesbaden, den 6. September 1919.
Idsteinerstraße 15.

Die Beerdigung findet auf Wunsch des Entschlafenen in aller Stille statt, das Seelenamt am Donnerstag, den 11. September, vormittags 9 Uhr in der St. Bonifatiuskirche.

Statt jeder besonderen Anzeige.

†

Heute früh 11 Uhr entschlief sanft nach schwerer Krankheit im Alter von 29 Jahren, gestärkt durch die hl. Sakramente, unser lieber guter Sohn, mein herzlich geliebter Bräutigam

Dr. med. Karl Enck

Assistenzarzt am St. Josephs-Hospital in Wiesbaden, Oberarzt d. R. Inhaber des E. K. II. und I., des Ritterkreuzes II. Kl., des Ordens vom Zähringer Löwen und des Oldenb. Friedrich-August Kreuzes.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Wilhelm Enck und Frau Elise,
Eugenie Nimis geb. Günther

Oestrich i. Rbg., den 6. September 1919

Beerdigung am Dienstag, 9. September, 4½ Uhr nachmittags vom Elternhause in Oestrich aus. Totenamt am Mittwoch früh 6¾ Uhr. — Wir bitten herzlichst, von Beileidsbesuchen Abstand nehmen zu wollen.